

TACHELES

DER PROTEST GEGEN STUTTGART 21 IST GERECHTFERTIGT UND MEHR ALS EIN WARNSIGNAL FÜR DIE POLITIK

**Zu viel Geld an der falschen Stelle
Endlich einmal: Investitionen in die
Schiene! Wie viele Städte würden
sich freuen, wenn sie Gelder für
eine Bahnhofssanierung bekämen.
Wie viele Menschen rufen seit
Jahren, ja Jahrzehnten in unserem
Land, mehr Geld in die Bahn statt
in Autobahnen zu investieren. Was
also treibt die Menschen gegen
S21 in Stuttgart auf die Strasse
und warum ist dieses Megaprojekt
anders zu bewerten?**

Beginnen wir mit den Kosten: 2008 legte der Bundesrechnungshof erste Zahlen vor. Dabei kam er auf Baukosten von insgesamt 5,3 Milliarden Euro – unabhängige Planungsbüros sogar auf 6,9 – 8,7 Milliarden Euro. Schon der Umbau des bestehenden Stuttgarter Kopfbahnhofs in einen unterirdischen Bahnhof ist überdimensioniert und umstritten. Noch strittiger ist die Neubaustrecke zwischen Wendlingen und Ulm, die nach

Schätzungen der DB AG alleine mehr als zwei Milliarden Euro kostet.

Kritiker von Stuttgart 21 bemängeln zu Recht die Überdimensionierung und sehr hohen Kosten des Projekts. Selbst wenn am Ende ein gutes Ergebnis herauskommt, sollte man fragen, ob man so viel Aufwand und Geld nicht effizienter und zweckmäßiger einsetzen kann. Es ist nun kein Geheimnis, dass in Zeiten knapper Kassen gerade die Kommunen viele Ausgaben drastisch gekürzt haben. Davon waren auch viele notwendige soziale Einrichtungen betroffen. Zudem ist es mehr als ungerecht, wenn andere Städte, wie beispielsweise Dortmund, darum kämpfen müssen, um auch nur geringe Zuschüsse für eine Bahnhofssanierung zu bekommen. Viele deutsche Städte bräuchten viel dringender



die Unterstützung vom Bund, Land und der deutschen Bahn, um ihre Bahnhöfe vor dem Verfall zu bewahren.

Schlichtung kam zu spät

Zudem ging es den Protestlern um die Teilhabe und Transparenz bei Entscheidungen in der Politik. Man protestierte auch gegen Politiker, die viel zu lange nach Gutsherrenart Entscheidungen und Projekte durchgezogen haben, ohne dabei auf die eigene Bevölkerung zu hören. Neben den Anti-AKW Protesten, die in den vergangenen Monaten hundert-tausende Menschen auf die Straßen gebracht haben, ist S21 ein Symbol geworden für den Kampf nach mehr Bürgerbeteiligung. Dies ist mehr als gerechtfertigt.

DER PROTEST GEGEN STUTTGART 21

Bei den Schlichtungsgesprächen konnten die S21-Gegner ihre Argumente zum ersten Mal wirklich einbringen. Doch sie kamen zu spät. Zu diesem Zeitpunkt war der Schaden schon angerichtet. Die Politik hatte bereits ihr Glaubwürdigkeit und Vertrauen bei den Menschen verloren. Die harten Polizeieinsätze und das rigorose Vorgehen der Landesregierung hat das Vertrauen in unseren Staat und seinen Organen weiter verschlechtert und viel Wut hervorgerufen. Diese Vorgänge sind mit einigen

Schlichtungsgesprächen nicht zu heilen.

Zudem war klar, dass S21 nicht mehr rückgängig gemacht wird. „S21 plus“, so wie das Projekt nun heißt, ist zudem sicher kein Kompromiss, auch wenn es einige

Verbesserungen bringt, denn die die Kosten werden noch höher ausfallen. Geißler hat es gut gemeint, genutzt hat er aber nur der angeschlagenen CDU, die Dank ihm noch hoffen kann, mit einem blauen Auge davonzukommen.

Mehr Transparenz und Bürgerentscheide bei Großprojekten

Viele Bürgerinnen und Bürger haben es satt, dass über

Megaprojekte über ihre Köpfe hinweg entschieden wird. Selbst wenn die Entscheidungen ihren parlamentarischen Gang gehen, sind sie häufig intransparent und die Kosten laufen sehr nicht selten aus dem Ruder. Doch einmal gestartet, gibt es meist kein zurück mehr. Deshalb muss es mehr Bürgerbeteiligung geben. Bei Großprojekten brauchen wir auch Volksentscheide und zwar dann, wenn die meisten Fakten auf dem Tisch liegen, aber bevor Entscheidungen zementiert werden.

Kurt Beck: „Absichts-Bürgerbeteiligung auf Kommunal- und Landesebene einführen“

Der Vorschlag von Kurt Beck ist dazu hilfreich. Nach ihm soll es in Zukunft bei kritischen Projekten auf Kommunal- und Landesebene eine „Absichts-

Bürgerbeteiligung“ geben. Diese soll in drei Phasen ansetzen, einmal bei der Entstehung einer Idee, beim planerischen Verfahren und im letzten Schritt bei deren Umsetzung. Sicherlich sollte man bei diesen Maßnahmen auch über geeignete Zugangshürden reden, damit nicht jedem potentiellen Querulanten eine Blockade-Macht in die Hände gelegt wird.

Arbeit der Politiker auf den Prüfstand

Die Proteste in diesem Jahr haben eine deutliche Sprache gesprochen. Jetzt liegt es an der Politik, zu zeigen, dass man sich noch nicht zu weit von der Bevölkerung entfernt hat. Dazu bedarf es allerdings nicht nur auf die Proteste zu reagieren und ein wenig mehr Bürgerbeteiligung zuzulassen. Wir Politiker müssen unsere Arbeit und unser Vorgehen insgesamt auf den Prüfstand stellen. Viele von uns arbeiten härter und ehrlicher als die Mehrheit der Bevölkerung es uns mittlerweile abnimmt. Durch Intransparenz, Lobbyismus und die Gutsherrenart einer Reihe von Volksvertretern kommt die gesamte Politik in Verruf. Dies können wir nur ändern, wenn wir die wachsenden Schattenseiten der Politik nicht mehr klein reden, sondern aufdecken und verändern.

Marco Bülow, Mitglied des Deutschen Bundestages

Große Heimstraße 72, 44137 Dortmund

Tel.: 0231 - 47 66 99 0

Fax: 0231 - 47 66 99 1

Email: marco.buelow@wk.bundestag.de

Homepage: www.marco-buelow.de

Blog: blog.marco-buelow.de